

Akut gefährdete Basler Jugendliche werden nicht immer optimal behandelt

Ernsthafte Versorgungsengpässe Psychisch kranke Basler Kinder und Teenager, die für sich oder andere eine Gefahr darstellen, werden teilweise mit Erwachsenen untergebracht. Die Regierung will das ändern.

Psychisch schwer kranke Kinder aus Basel wurden in den vergangenen Monaten nicht immer optimal behandelt. Akut gefährdete jugendliche Patienten wurden wegen ernsthafter Versorgungsengpässe bei den Erwachsenen untergebracht. Das geht aus der Regierungsantwort auf eine Anfrage von SP-Grossrätin Melanie Nussbaumer hervor.

Wenn betroffene Kinder und Teenager eine Gefahr für sich selbst oder andere sind und Schutz brauchen, werden sie normalerweise ausserkantonale in zwei spezifischen Jugendabteilungen der Psychiatrie Baselland hospitalisiert. Die Nordwestschweiz kooperiert bei der stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung, um eine fachlich hochstehende und

wirtschaftlich tragbare Umsetzung zu ermöglichen. Laut der Regierung kam es in den letzten fünf Jahren jedoch bis zu dreimal pro Jahr vor, dass sie aus Platzgründen in der Erwachsenenabteilung der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) landeten.

«Enorm heikles Alter»

«Das geht für mich gar nicht. Das ist ein enorm heikles Alter. Da muss man noch vorsichtiger sein als sonst schon», sagt Melanie Nussbaumer. Für die Jugendpsychiatrie brauche es eine andere Ausbildung und andere Angebote. Ausserdem finde sie es riskant, Teenager, die sich in einer Krise befänden, mit Erwachsenen zusammenzutun, die ebenfalls besondere Überwachung

oder Schutz brauchten. Die SP-Grossrätin sieht einen möglichen negativen Einfluss oder sogar Gefährdungspotenzial.

Auch die Regierung findet das «aus kinderschutrechtlicher Sicht nicht optimal». Und noch mehr: Auch eine der beiden genutzten Jugendabteilungen (B2J) in der Psychiatrie Baselland kann laut dem Regierungsrat aus kinderschutrechtlicher Sicht keine optimale Unterbringung für akut gefährdete Kinder und Jugendliche gewährleisten: Der jugendpsychiatrische Bereich B2J steht zwar unter der vollen Verantwortung der Ärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie, liegt aber in einer Abteilung für alle Menschen in psychischen oder psychosozialen Krisensituationen – egal, welchen Alters oder Geschlechts.

Der Regierungsrat will deshalb die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung im Rahmen der gemeinsamen Psychiatrieplanung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft vertieft prüfen lassen.

Corona spielt grosse Rolle

Für die Versorgungsengpässe nennt die Regierung mehrere Gründe, die auch mit Corona zu tun haben: Aufgrund der hohen Belastung und der teilweisen Überforderung des Umfeldes der Kinder und Jugendlichen sind die Hilfssysteme an ihre Grenzen geraten. Zeitgleich sind im Kinderhospital UKBB die Betten wegen vermehrter schwerer viraler Infektionskrankheiten sehr hoch ausgelastet, weshalb die flexible gegenseitige Unterstützung kaum

mehr möglich ist. In der Pflege und Sozialpädagogik besteht ein akuter Personalmangel. Und in der kinderpsychiatrischen Abteilung der UPKKJ musste bereits zweimal und in der Tagesklinik für Vor- und Primarschulkinder einmal eine Quarantäne ausgesprochen werden.

Zeitgleich haben sich die Belegungszahlen bei der stationären Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in den letzten fünf Jahren stark erhöht – von insgesamt 108 Austritten (2017) auf 222 (2021): «Es ist zu vermuten, dass es ohne die neue Abteilung für Kinder und Jugendliche mit Essstörungen und Krisen der Psychiatrie Baselland zu einem Versorgungsengpass gekommen wäre und dass es eine erhebliche Korrelation zum Pandemiege-

schehen gibt», schreibt der Regierungsrat.

Melanie Nussbaumer ist über das Eingeständnis der Regierung positiv überrascht: «Dass die Kinder- und Jugendpsychiatrie im ambulanten Bereich am Anschlag ist, war schon länger bekannt. Nun hat sich jedoch meine Vermutung bestätigt: Auch das System der stationären Unterbringung ist zum Teil überlastet.» Allerdings werde für sie aus der Antwort nicht klar, wann und wie die Regierung die Unterbringung genau verbessern wolle: «Die Jugendlichen sind jetzt in der Krise. Das Problem muss man jetzt angehen.» Das Thema ist für sie mit der Antwort der Regierung noch nicht beendet.

Dina Sambar